Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine)

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.06.2019

Beginn: 17:00 Uhr Ende 19:20 Uhr

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),

Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Bernd Beushausen

Ratsvorsitzender

Beigeordneter Harald Schliestedt

1. stellv. Ratsvorsitzender

Ratsherr Reginald Klossek

2. stellv. Ratsvorsitzender

Ratsherr Uwe Höltgebaum

Ratsmitglied

Ratsherr Ralf Ahrens

Beigeordneter Andreas Behrens

Ratsfrau Ute Bertram

Ratsherr Bernd Beutler

Beigeordnete Andrea Brodtmann

Ratsherr Dirk Dräger

Ratsfrau Katja-Susann Driemel

Ratsherr Guido Franke

Ratsfrau Waltraud Friedemann Ratsherr Hans-Georg Fritsche Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch

Ratsherr Tobias Gelfort

Ratsherr Patrick Gensicke

Ratsherr Marco Gravili

Ratsherr Gerhard Jäschke

Ratsfrau Heike Lietz

Ratsherr Marcel Munzel ab 17.05 Uhr

Beigeordneter Werner Neumann

Ratsherr Reinmund Piepho bis 18.45 Uhr

Ratsfrau Claudia Richter

Ratsherr Jörg Sachs

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsherr Stephan Schaper

Ratsherr Dr. Thomas Stadler

Ratsherr Horst-Georg Urbanke

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Beigeordneter Wolfgang Wiek

Ratsherr Peter Winkelmann

Beigeordneter Oliver Wöhler

Protokollführerin Frau Anna Pinar

Von der Verwaltung Herr Uwe Brinckmann Herr Arne Klingeberg Frau Ina Lechel Frau Joana Mnich Herr Hans-Günther Scharf

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine) sowie der Tagesordnung

Herr Schliestedt begrüßt alle Anwesenden, Herrn Jahns von der Alfelder Zeitung, die neue Kollegin Frau Mnich von der Verwaltung und eröffnet sodann die Sitzung.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine) sowie die Tagesordnung fest.

Zudem teilt **Herr Schliestedt** mit, dass sich der Ratsherr Marcel Munzel um einige Minuten verspäten wird, da er mit dem Zug anreist.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 23.04.2019

Das Protokoll vom 23.04.2019 wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Beushausen teilt mit, dass die Kollegin Frau Mnich, die im Zuhörerbereich der Presse Platz genommen hat, seit dem 01.06.2019 als Sachbearbeiterin im Amt für Kommunalverfassung, Haupt- und Sportamt tätig ist. Ab dem 01.08.2019 wird Herr Klingeberg die Amtsleitung im Amt für Kommunalverfassung übernehmen, da Frau Pinar ab dann im Urlaub ist und direkt in den Mutterschutz und in die Elternzeit gehen wird.

Herr Beushausen kommt auf das Starkregenereignis in der Nacht auf den 15. Juni 2019 zu sprechen und erinnert an die verheerenden Auswirkungen des Hochwassers im Jahr 2017. In der Nacht zu Samstag habe sich eine Superzelle gebildet. Innerhalb kürzester Zeit war morgens um 4.15 Uhr die Alarmstufe 7 erreicht. Den Kernschaden habe es an den Steinköpfen gegeben. Auch andere Ortsteile wurden stark geschädigt.

Um 17.05 Uhr betritt der **Ratsherr Marcel Munzel** den Sitzungssaal und nimmt ab dann an der Sitzung teil.

Desweiteren berichtet **Herr Beushausen**, dass es bei dem Starkregenereignis am Wochenende auch zu starken Dachschädigungen im Industriegebiet Limmer-West I und II gekommen sei. Im Ortsteil Limmer, in der Straße "Am Krummen Stück", habe sich ein Kanal verschoben und die Pflastersteine hochgedrückt. In Wettensen kam es auf der Höhe der Kläranlage zu einem Hangrutsch. Die Straße obliegt als Kreisstraße der Zuständigkeit der Straßenmeisterei Gronau. Dennoch haben die Einsatzkräfte der Stadt Alfeld (Leine), der Feuerwehr und des Baubetriebshofes bei den Aufräumarbeiten mitgeholfen. **Herr Beushausen** spricht an dieser Stelle ein großes Lob für die hervorragende Arbeit der Kameraden der Feuerwehr und die Mitarbeiter des Baubetriebshofes aus und ärgert sich über die Ignoranz einiger Anwohner und Autofahrer, die Absperrungen nicht ernst nehmen und die Arbeiten entsprechend erschweren. Der Ortsteil Brunkensen ist als neue Schadensentwicklung festzuhalten. Vorher sei nicht bekannt gewesen, dass sich dort derartige Konsequenzen aus einem Starkregenereignis entwickeln können. Daher wird die Situation vor Ort ab jetzt beobachtet, um für die Zukunft entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Leider sei jedem bewusst, dass diese Wetterereignisse häufiger, lokaler und leider auch schlimmer werden.

Herr Beushausen spricht das Thema "Alte Post" an. Als Tischvorlage liegt den Ratsmitgliedern eine Kostenaufstellung zu dem Objekt vor. Er erinnert daran, dass der Rat der Stadt Alfeld (Leine) die "Alte Post" ursprünglich als Option gekauft habe, ggf. dort eine Kita zu errichten. In der Kostenaufstellung "Alte Post" fehlen noch die Zinsen, die Tilgung und die Abschreibungen, dieses wird in einem 2. Nachtrag zum Haushalt nachgeliefert werden. Herr Beushausen geht im Detail auf die Zahlen ein und teilt mit, dass der hintere Teil des Gebäudes als Lagerfläche genutzt wurde, anstatt andere Objekte dafür zu mieten. Durch den erzielten Verkaufspreis ist die Sache letztendlich eine "Nullnummer" für die Stadt Alfeld (Leine) gewesen und man werde sich jetzt wieder mehr um die Zukunft der Kindertagestätten "Vormasch" und "Lützowstr." kümmern können.

4. Aussprache zum Bericht des Bürgermeisters

Herr Franke meldet sich zu Wort und teilt mit, dass er sich gewünscht hätte, etwas zum Thema "Südlink" von **Herr Beushausen** zu hören.

Daraufhin erklärt **Herr Beushausen**, dass er diesen Punkt unter den Mitteilungen der Verwaltung ansprechen wird, da unter dem jetzigen Tagesordnungspunkt eine Diskussion nicht möglich sei.

Herr Klossek spricht den Artikel in der Alfelder Zeitung zum Verkauf der "Alten Post" an. Es sei ein wenig verwirrend, da daraus hervorgehe, dass die Grunderwerbsteuer nicht durch die Stadt Alfeld (Leine) zu bezahlen sei, während dieses in der ausgelegten Kostenaufstellung mit aufgeführt werde.

Herr Beushausen klärt auf, dass die Alfelder Zeitung bei ihrem Artikel von der damaligen Situation ausgegangen ist, als die "Alte Post" durch die Stadt gekauft und nicht wie jetzt verkauft wurde.

5. Berufung einer Bürgerdeputierten in den Kultur-, Tourismus- und Weltkulturerbeausschuss; Vorlage: 261/XVIII

Frau Friedemann als Vorsitzende des Ausschusses berichtet, dass man dem Fagus-Werk bisher nicht genug Beachtung schenken konnte und mit Frau Gohres jetzt jemanden gefunden habe, der das Thema entsprechend vertreten kann. So könne sich der Ausschuss zukünftig mehr mit dem Thema Weltkulturerbe beschäftigen.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

"Frau Fabienne Gohres wird als Bürgerdeputierte in den Kultur-, Tourismus- und Weltkulturerbeausschuss berufen".

-einstimmig-

6. Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigungen, Verdienstausfall- und Fahrtkostenentschädigungen für die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie sonstigen ehrenamtlich Tätigen der Stadt Alfeld (Leine); Vorlage: 262/XVIII

Herr Höltgebaum berichtet, dass eine gut funktionierende Feuerwehr gegeben sei und man sich vorrechnen lassen müsse, wie viel Arbeit in diesem Ehrenamt stecke. Allein in sechs Monaten sind 600 ehrenamtliche Dienststunden abgeleistet worden. Es sei daher an der Zeit, diese Arbeit entsprechend zu honorieren. Man habe mit Einrichtungen, wie dem Lagerraum in der Feuerwehrzentrale entsprechende Vorkehrungen getroffen, den Brandschutzbedarfsplan umzusetzen, daher waren auch Funktionsausweitungen notwendig, damit Dokumentationen, wie sie gefordert werden, vorgenommen werden. Herr Höltgebaum begrüßt die Vorlage und bittet daher um Zustimmung.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

"Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die als Anlage beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen, Verdienstausfall- und Fahrtkostenentschädigungen für die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten, sowie sonstigen ehrenamtlich Tätigen der Stadt Alfeld (Leine) als Satzung."

-einstimmig-

Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2019; Vorlage: 258/XVIII

Herr Beushausen berichtet, dass das Thema im Finanzausschuss intensiv besprochen wurde. Der Nachtrag ergibt sich aus der Einnahme des Verkaufs der "Alten Post". Dies bedeutet eine wesentliche Veränderung der Haushaltsstruktur. Die Einnahmesituation verbessert sich um 100.000,-- €. Die Kommunalaufsicht hat der Stadt Alfeld (Leine) die Auflage erteilt, auf fünf Jahre jedes Jahr die Nettoneuverschuldung um 200.000,-- € zu tilgen. Eigentlich müssten demnach 200.000,-- € zur Verfügung stehen, da die Stadt Alfeld (Leine) im Jahre 2018 diese Auflage erfüllt hat. Die Stadt Alfeld (Leine) möchte der Kommunalaufsicht jedoch ihren Sparwillen zeigen, deshalb habe man "nur" 100.000,,-- € auf die Senkung der Kreditsummen gepackt und den Rest zur Schuldentilgung beiseite getan.

Frau Bertram teilt mit, dass sich der Finanzausschuss einstimmig für den 1. Nachtrag ausgesprochen hat. Es wurde ausgiebig darüber diskutiert. Sie bedankt sich für die detaillierte Kostenaufstellung zum Objekt "Alte Post". Man erkennt, dass die Stadt mit einem "blauen Auge" davon gekommen ist. Sie bedankt sich auch bei der KWG, da sich diese bereit erklärt habe, das Objekt zu kaufen. Die Gruppe CDU/FDP hat dem Haushalt 2019 nicht zugestimmt, spricht sich aber für diesen Nachtrag aus, weil es eine wesentliche finanzielle Verbesserung des Haushaltes bedeutet. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass weiter geplant werden müsse, wie es mit den Kindertagesstätten "Vormasch" und "Lützowstraße" weitergehe. Man müsse dabei zügig vorankommen und die Arbeitsgruppe zeitnah wieder tagen lassen.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

"Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2019.

8. Reform der Grundsteuer; Resolution des Rates der Stadt Alfeld (Leine) zur aufkommensneutralen Hebesatzfestlegung bei erstmaliger Anwendung eines neuen Grundsteuerrechts; Vorlage: 259/XVIII

Herr Beushausen berichtet, dass es sich dabei um ein elementares Thema handelt. Der Kabinettsbeschluss sei relativ spät vorgelegt worden. Entsprechende EDV-Vorgänge müssen noch umgesetzt werden. Diese Resolution ist ein Signal an die Landes- und Bundesregierung. Letztendlich geht es um 4,3 Mio. Euro Grundsteuer A und B. Diese bilden das Fundament unseres Haushaltes. Im Ergebnis bedeutet die Resolution, dass es keine Steuersenkung für die Bürger gibt, auch wenn die Bürger dieses vielleicht erwarten. Daher bittet Herr Beushausen die Ratsmitglieder darum, mit den Bürgern offen über dieses Thema zu kommunizieren, so dass keine Hoffnungen geweckt wird. Er bittet darum, der Resolution zu folgen, damit der Rat der Stadt Alfeld (Leine) auch ein Zeichen nach Außen setzen kann.

Herr St. Schaper unterstützt die Resolution, bittet aber darum, im Resolutionstext unter der Nr. 6 den Satz, "dass es in Einzelfällen zu Steuererhöhungen" zu streichen und durch "grundsätzlich zu Veränderungen kommen wird" zu ersetzen, da die jetzige Formulierung Verwirrung stiftet.

Der Formulierungsvorschlag von Herrn St. Schaper wird einstimmig im Resolutionstext übernommen.

Herr Wiek greift das Thema ebenfalls auf und teilt mit, dass die Bescheide nachträglich geändert werden. Zeitlich wird es nicht so schnell möglich sein, die neuen Bescheide anzupassen.

Frau Funk-Pernitzsch fügt hinzu, dass der Gesetzesentwurf zum 31.12.2019 in Kraft treten wird und die Umsetzung auf fünf Jahre festgelegt ist.

Herr Behrens teilt mit, dass die Gruppe CDU/FDP die Resolution befürwortet, da so Rechtssicherheit bis zum Ende des Jahres garantiert wird. Er hofft auf rechtsfähige Bescheide und befürchtet enormen Aufwand und zusätzliche Arbeit für die Verwaltung.

Herr Beushausen erklärt, dass das Finanzamt die entsprechenden Werte liefert. Die Verwaltung erstellt zukünftig auf deren Grundlage geänderte Bescheide. Es wird natürlich Proberechnungen im Vorfeld geben, dadurch kommt es zu einem erhöhten Arbeitsaufwand, der auch die EDV betrifft. Es wird aber zu keinen Stellenausweitungen kommen, d.h. dass, was bisher geleistet wurde, wird auch weitergeführt, natürlich unter den geänderten Rahmenbedingungen.

Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):

"Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt den dieser Vorlage beigefügten Text als Resolution."

-einstimmig-

9. Mitteilungen der Verwaltung

Südlink

Herr Beushausen berichtet, dass sich die Bundesnetzagentur aktuell in einem Raumordnungsverfahren befinde, d. h., der Korridor sei zwar festgelegt, aber noch keine feste Trasse. Die rechtliche Antwort darauf bedeute, dass dieser Korridor noch keine rechtliche Außenwirkung entfalte. Eine Einflussnahme durch die Stadt Alfeld (Leine) gibt es in diesem Raumordnungsverfahren daher noch nicht. Die Stadt begleitet das Verfahren, jede Veranstaltung wird durch Herrn Brinckmann und auch Herrn Pippert besucht. Das Vorhaben Südlink ist mit der damaligen Thematik "KV-Trasse" zu vergleichen. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens, welches als nächstes folgen wird, kann die Stadt dann Belange geltend machen, wenn die eigenen Entscheidungskreise verletzt werden. Viele Bürger stellen sich die Frage, warum die Stadt nicht jetzt schon tätig wird. Herr Beushausen erklärt dazu, dass die Verwaltung keine Partikularinteressen wahrnehmen kann. Die Stadt ist noch nicht zuständig. Dieses sei jetzt der Landkreis als u. a. Untere Naturschutzbehörde. Die Stadt kann nur einschreiten, wenn es um städtisches Eigentum und die Planungshoheit geht. Dann wäre sie betroffen und könnte entsprechende Belange geltend machen. Es gibt derzeit aber noch keine festgelegte Trasse, sondern lediglich einen Korridor. Als Beispiel ist hier die Straße zwischen Warzen und Brunkensen zu nennen. Dieses ist aber keine Gemeindestraße. Bei den Bürgern wird der Eindruck erweckt, die Stadt tue nichts, aber das Verfahren wird bereits jetzt durch die Stadt begleitet. Die Politik hat der Verwaltung bisher keinen Auftrag dazu erteilt. Es wäre wünschenswert, wenn die Politik die Erwartungshaltung der Bürger, dass die Stadt nichts weiter tue, nicht weiter schürt. Die Stadt Einbeck hat hohe Gutachter- und Anwaltskosten investiert und ist vor dem Gericht gescheitert, weil sie sich zu einem Zeitpunkt in das Verfahren eingemischt hat, als die Zuständigkeit noch nicht gegeben war. Für die Stadt Alfeld (Leine) ist es wichtig, dass sich die Menschen verstanden und ernst genommen fühlen. In den Ortsteilen sind die Ortsbürgermeister in ihrer Verantwortung, die Bedenken ernst zu nehmen und an der geeigneten Stelle auch weiterzugeben. Die Stadt hat derzeit einen eingeschränkten Rechtskreis und kann daher noch nicht agieren. Als Verwaltungschef muss sich Herr Beushausen fragen, was rechtlich zulässig ist und kann dieses so dann der Politik mitteilen. Den Fehler der Stadt Einbeck wird die Stadt Alfeld nicht wiederholen, wird aber die Bedenken der Bürger ernst nehmen und auch zu gegebener Zeit an die entsprechenden Stellen weitergeben.

Die Gruppe CDU/FDP hat einen Antrag gestellt mit der Bitte eine Informationsveranstaltung zum Thema Südlink zu organisieren. Nach der Sommerpause, wahrscheinlich im September, wird eine Informationsveranstaltung stattfinden, die ausdrücklich keine "Tennet"-Veranstaltung ist. Die Stadt lädt dazu ein und moderiert, man wird aber auch die Gelegenheit haben mit einem Vertreter von "Tennet" ins Gespräch zu kommen.

Herr Franke dankt Herr Beushausen für die Ausführungen und teilt mit, dass er in einigen Dingen anderer Ansicht sei. Die juristische Seite könne er nachvollziehen. Er weiß, dass wenn etwas sei, der Landkreis und "Tennet" zuständig seien, aber für die Bürger in Alfeld ist nun mal der Rat bzw. der Bürgermeister zuständig und daher muss die Betroffenheit ernst genommen werden. Herr Franke hat gestern an einer Veranstaltung zu dem Thema in Delligsen teilgenommen und wundert sich über manche Aussagen von Herrn Pippert.

Daraufhin erklärt **Herr Brinckmann**, der auch an der gestrigen Veranstaltung teilgenommen hat, dass es um die Rechtslage ging, in welchem Verfahrensstadium man sich gerade befinde und das man momentan in der Vorberatung eines Planfeststellungverfahrens sei. Der Anwalt einer Bürgerinitiative hat die Wahrscheinlichkeiten rechtlicher Schritte erklärt und mitgeteilt, dass diese das Verfahren definitiv nicht kippen können. Erfolgschancen seien sehr gering. Herr Pippert habe dabei auf die Äußerungen des Anwaltes reagiert und mitgeteilt, dass im Planfeststellungsverfahren nur die eingreifen können, die in ihren eigenen Rechten betroffen sind. Das bedeutet, dass die Landwirte z. B. für sich selbst sprechen müssen. Jeder sei dann auf seine eigenen Rechte beschränkt und kann an diesem Planfeststellungsverfahren mit seinen Bedenken auch teilnehmen. Die Bedenken anderer geltend zu machen sei nicht möglich. Auch nach dem 12.07. können noch Bedenken geäußert werden. **Herr Brinckmann** hält ausdrücklich fest, dass kein Hauch eines Gefahrmomentes erzeugt wird. Die Stadt nimmt das Verfahren zum Thema "Südlink" sehr ernst.

Herr Wöhler bedankt sich, dass dem Antrag der Gruppe CDU/FDP gefolgt und eine Informationsveranstaltung stattfinden wird. Es ging der Gruppe letztendlich darum, dass Unwahrheiten beseitigt und die Bürger entsprechend informiert werden. Die Gruppe wird diesen Vorgang kritisch begleiten. Vor allem muss man sich die Frage stellen, wie man politisch dazu steht. Die Gruppe wird das Vorhaben unterstützen und ist gegen eine Verhinderungspolitik. Der Strom muss letztendlich irgendwo entlang. Daher wird die Gruppe den Trassenverlauf nicht aktiv bekämpfen und auch keine falschen Hoffnungen wecken. Juristisch ist ein Einschreiten der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Herr Dr. Stadler teilt mit, dass der Antrag der Gruppe den Hintergrund hat, die Bevölkerung zu informieren, um die Ängste zu nehmen. Er hat auf mehreren Veranstaltungen den Eindruck mitgenommen, dass es eine Vielzahl von Verpächtern gibt, die nicht wissen, was auf sie zukommen könnte, weil sie nicht hier wohnen und mit Wertverlusten leben müssen. Die Juristen des Landvolks haben die Landwirte aufgefordert jetzt etwas zu unternehmen, da man später im Planfeststellungsverfahren nicht mehr eingreifen könnte.

Herr Beushausen greift diese Aussage auf und teilt mit, dass die Stadt keine Interessen von Verpächtern wahrnehmen kann und wird. Es muss den Menschen mit auf den Weg gegeben werden, wie der derzeitige Planungsstand sei. Es handelt sich momentan "nur" um einen Korridor und keine Trasse. Korridor und Trasse sind zwei unterschiedliche Dinge. Erst wenn feststeht, wo die Trasse langführt, kann agiert werden. Dann kann man sich auch Fragen stellen, wie z.B. ob der B-Platz in Brunkensen betroffen ist. Dann kann auch diese Betroffenheit durch die Stadt geltend gemacht werden. Das Augenmerk der Stadt Alfeld (Leine) liegt auf dem "was, wo, wie, wann", die Rechte werden zu gegebener Zeit entsprechend geltend gemacht.

Herr Höltgebaum teilt mit, dass die Informationsveranstaltung der BAL-Ratsfraktion nicht als Fraktionsveranstaltung gedacht gewesen ist, sondern als Informationsveranstaltung aus der Sicht der Gerzer Bürger. Es gibt eine Bürgerinitiative, die sich gegründet hat, da die Natur betroffen sein könnte. Die Bürger warten auf eine offizielle Stellungnahme der Stadt. Seine Fraktion wird das Verfahren weiter begleiten und auch im Sinne der weiteren betroffenen Ortsteile zur Verfügung stehen.

10. Anfragen

 Herr Franke spricht einen Artikel in der "Kehrwieder am Sonntag" an. Dort wurde auf die Ratssitzung im August hingewiesen, die als "Event" beschrieben wird. Er fragt nach dem Hintergrund und was geplant sei. Ihm sei bisher nur bekannt, dass die GRÜNEN-Kreistagsfraktion entsprechende Fragen dazu an Herrn Levonen gestellt hat, auch zu den möglichen Kosten.

Herr Beushausen informiert, dass er am heutigen Tag den Fraktionsvorsitzenden eine E-Mail zu diesem Thema geschickt hat. Bei dieser "Event-Ratssitzung" im August handelt es sich um eine gemeinsame Sitzung aller Kommunen im Landkreis Hildesheim, die gemeinsam für die Kulturhauptstadt 2025 werben möchten. Er hat im Verwaltungsausschuss die Bitte geäußert, dass die Fraktionsvorsitzenden sich vor der Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 22.08.2019 zu dem Thema Kulturhauptstadt 2025 austauschen, um zu sehen, wie die Meinung dazu sei und man so abschätzen könne, ob man an der Veranstaltung am 28.08.2019 teilnehmen wird. Es gibt eine umfangreiche Vorlage der Stadt Hildesheim dazu. Er bittet darum, diese Vorlage zu lesen und sich erst anschließend eine Meinung dazu zu bilden. Im Arbeitskreis Kulturausschuss 2025 herrscht ein hervorragendes Miteinander. Die Stadt Hildesheim und die Kommunen des Landkreises Hildesheim haben bisher gute Arbeit geleistet. Man dürfe nicht vergessen, dass die Stadt Alfeld (Leine) mit ihrem Weltkulturerbe durch eine mögliche Kulturhauptstadt 2025 einen Mehrwert gewinnen könnte, welches das "Wir-Gefühl" erhöht. Die Stadt profitiere davon und die Vorlage der Stadt Hildesheim wird auch Bestandteil der Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 22.08.2019 sein.

 Herr Dr. Stadler kommt auf das genehmigte Protokoll unter dem Tagesordnungspunkt Nr. 2 zu sprechen und hat eine Nachfrage wie Waldflächen zu bewerten sind. Dieses spiegele sich immerhin auch in der Eröffnungsbilanz wieder.

Herr Beushausen erinnert in den entsprechenden Landesrichtlinien sei kein Grundwert pro m² Wald angegeben. Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz habe man sich an dem Wert von bis zu 10 €/m² Grünanlagen orientiert und diesen nach unten angepasst. Dieses Vorgehen ist ausdrücklich sowohl vom RPA als auch von der Beratungsstelle im Innenministerium als angemessen betrachtet worden.

Herr Beushausen hält fest, dass das Protokoll bereits unter dem Tagesordnungspunkt Nr. 2 genehmigt wurde und Fragen dazu unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt hätten gestellt werden müssen. Abschließend teilt er mit, dass Waldflächen nicht abgeschrieben werden.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt **Herr Schliestedt** die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) um 18.25 Uhr.

Vorsitzender:	Bürgermeister:	Protokollführerin:
(Schliestedt)	(Beushausen)	(Pinar)